Verordnung über das Starten und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen

Aussenlandeverordnung, AuLaV

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 8 Absätze 2 und 6 des Luftfahrtgesetzes vom 21. Dezember 1948¹ und Artikel 112 Absatz 4 des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005²,
verordnet:

1. Titel: Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffe

Art. 1 Gegenstand und Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt, unter welchen Voraussetzungen Luftfahrzeuge ausserhalb von Flugplätzen abfliegen oder landen dürfen (Aussenlandung).

² Sie gilt nur für zivile, bemannte Luftfahrzeuge.

³ Als Aussenlandungen gelten auch:

- a. das Aufnehmen oder Absetzen, ohne Bodenkontakt, von Personen oder Sachen;
- b. der Schwebeflug bis zu 15 m über Grund.

⁴ Für den Bau und Betrieb von Landstellen, die ausschliesslich der Hilfeleistung dienen, gilt Artikel 56 Absatz 2 der Verordnung vom 23. November 1994³ über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL).

⁵ Für das Abfliegen und Landen auf Gebirgslandeplätzen gilt Artikel 54 VIL.

Art. 2 Begriffe

In dieser Verordnung bedeuten:

- a. *Aussenlandestelle*: beliebige Stelle ausserhalb eines Flugplatzes oder Gebirgslandeplatzes, die sich für Aussenlandungen eignet;
- b. *Gewerbsmässiger Flug*: Flug nach Artikel 100 Absätze 1 und 2 der Verordnung vom 14. November 1973⁴ über die Luftfahrt;
- c. *Personentransporte zu touristischen oder sportlichen Zwecken*: Personentransporte, welche der Ausübung einer Freizeitaktivität mit überwiegendem

SR

¹ SR 748.0

² SR 173.110

³ SR 748.131.1

⁴ SR 748.01

Vergnügungscharakter dienen; andere Personentransporte ohne engen Bezug zum Ort, an dem die Aussenlandungen stattfinden und deren Start oder Ziel oberhalb von 1100 m über Meer liegt;

- d. *Flüge zu Arbeitszwecken*: alle gewerbsmässigen Flüge ohne Personentransporte zu touristischen oder sportlichen Zwecken, insbesondere Materialtransporte sowie nicht gewerbsmässige Firmenflüge zum Zweck von Materialtransporten;
- e. *Nacht*: Zeit zwischen dem Ende der bürgerlichen Abenddämmerung und dem Beginn der bürgerlichen Morgendämmerung gemäss der Definition in Artikel 1 der Verordnung vom 4. Mai 1981⁵ über die Verkehrsregeln für Luftfahrzeuge (VVR);
- f. *Feiertage*: Neujahr, Auffahrt, 1. August und Weihnachtstag sowie die nach dem jeweiligen kantonalen Recht den Sonntagen gleichgestellten Tage;
- g. *Wohngebiet*: Siedlungsgebiet oder Gruppe von mindestens zehn bewohnten Gebäuden, einschliesslich des Gebiets im Umkreis von 100 m zu den Häusern.

2. Titel: Gemeinsame Bestimmungen für alle Arten von Flügen

1. Kapitel: Zulässigkeit

Art. 3 Grundsatz

Aussenlandungen sind zulässig, sofern diese Verordnung keine Einschränkungen vorsieht.

Art. 4 Vorbehaltenes Privatrecht

Die Rechte der an einem Grundstück Berechtigten insbesondere auf Abwehr von Besitzesstörungen und Ersatz ihres Schadens bleiben vorbehalten.

Art. 5 Verbot von Aussenlandungen bei Unfallstellen

Aussenlandungen im Umkreis von 500 m zu einer Unfallstelle sind untersagt, solange die Rettungs- und Untersuchungsarbeiten nicht abgeschlossen sind.

Art. 6 Rechtsmittel des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL)

Das BAZL kann die Rechtsmittel des kantonalen und des eidgenössischen Rechts ergreifen.

⁵ SR 748.121.11

2. Kapitel: Bewilligungen

Art. 7 Bewilligungspflicht für einzelne Luftfahrzeugkategorien

Aussenlandungen mit den folgenden Luftfahrzeugkategorien sind nur mit einer Bewilligung des BAZL zulässig:

- a. Flugzeuge;
- b. Tragschrauber;
- c. Luftschiffe;
- d. motorisierte Luftfahrzeuge, die nicht im schweizerischen Luftfahrzeugregister eingetragen sind, es sei denn, sie würden von einem Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz eingesetzt (ausländische Luftfahrzeuge).

Art. 8 Voraussetzungen der Bewilligungen für einzelne Luftfahrzeugkategorien

¹ Bewilligungen für Flugzeuge, Tragschrauber und Luftschiffe werden erteilt, wenn der Gesuchsteller nachweist, dass:

- a. sachliche Gründe vorliegen, warum die Landung oder der Start nicht auf einem Flugplatz oder Gebirgslandeplatz erfolgen kann;
- b. sich die vorgesehene Aussenlandestelle für eine Aussenlandung mit dem betreffenden Luftfahrzeug eignet; und
- c. die Sicherheit für die Besatzung, allfällige Passagiere und Drittpersonen gewährleistet ist.

² Bewilligungen für ausländische Hubschrauber (Art. 7 Bst. d) werden erteilt, wenn der Gesuchsteller:

- a. nachweist, dass er über die nötige fliegerische Erfahrung für Aussenlandungen in topografisch anspruchsvollem Gelände verfügt; und
- b. bestätigt, dass er die massgeblichen gesetzlichen Grundlagen und Publikationsmittel, namentlich das Luftfahrthandbuch (AIP), die Luftfahrkarte und die Luftfahrthinderniskarten, kennt und damit umzugehen weiss.

³ Bewilligungen für andere ausländische Luftfahrzeuge als Hubschrauber werden erteilt, wenn der Gesuchsteller die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 erfüllt.

Art. 9 Aussenlandungen auf öffentlichen Gewässern

¹ Aussenlandungen auf öffentlichen Gewässern mit motorisierten Luftfahrzeugen sind nur mit einer Bewilligung des BAZL zulässig.

² Bewilligungen werden erteilt, wenn der Gesuchsteller nachweist, dass:

- a. die Aussenlandung im Rahmen einer Veranstaltung erfolgt;

- b. die zuständige kantonale Behörde keine Einwände aus gewässerschutz- und fischereirechtlichen Gründen und wegen weiteren öffentlichen Interessen dagegen erhebt;
- c. die zur Benutzung vorgesehene Wasserfläche für eine Aussenlandung mit dem betreffenden Luftfahrzeug geeignet ist; und
- d. die Sicherheit für die Besatzung, allfällige Passagiere und Drittpersonen gewährleistet ist.

³ Für Aussenlandungen, die der Aus- oder Weiterbildung für Rettungs- und Lösch-einsätze dienen, ist nur eine Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde erforderlich. Diese prüft die Einhaltung der gewässerschutz- und fischereirechtlichen Vorgaben und stellt die Wahrung weiterer öffentlicher Interessen sicher. Sie erteilt eine örtlich begrenzte Bewilligung im Einzelfall oder für eine befristete Dauer.

Art. 10 Zollrechtliche Bewilligung

Für grenzüberschreitende Flüge gilt Artikel 142 der Zollverordnung vom 1. November 2006⁶.

Art. 11 Ausnahmewilligungen

¹ Für politische Grossanlässe mit internationaler Bedeutung kann das BAZL für eine bestimmte Aussenlandestelle befristet Abweichungen von den Artikeln 18 und 31 bewilligen. Während dieser Zeit ist für die Aussenlandestelle ein verantwortlicher Betreiber zu benennen.

² In begründeten Einzelfällen kann das BAZL Abweichungen von den zeitlichen und räumlichen Einschränkungen der Artikel 9, 29, 31, 34 und 36 bewilligen.

³ Das BAZL legt die Grundsätze für die Ausnahmewilligungen nach Absatz 1 und 2 im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) in einer Richtlinie fest.

⁴ Für Personentransporte zu touristischen und sportlichen Zwecken sind ausschliesslich die in Artikel 29 Absatz 2 und Artikel 30 vorgesehenen Ausnahmen zulässig.

⁵ Das BAZL kann öffentliche Flugveranstaltungen mit Aussenlandungen über 1100 m über Meer bewilligen, wenn diese ein bedeutendes Jubiläum im Gebirgsflug zum Anlass haben.

Art. 12 Gesuch

¹ Das BAZL erteilt Bewilligungen auf schriftliches Gesuch hin.

² Es entscheidet so rasch als möglich, in der Regel aber spätestens innerhalb von zehn Arbeitstagen. Wird diese Ordnungsfrist überschritten, so kann der Gesuchsteller vom BAZL verlangen, dass dieses die Überschreitung der Frist schriftlich begründet und ihm mitteilt, bis wann der Entscheid voraussichtlich zu erwarten ist.

⁶ SR 631.01

Art. 13 Zeitlicher und örtlicher Geltungsbereich der Bewilligungen

¹ Bewilligungen gelten für einzelne Aussenlandungen in einem bestimmten Zeitraum an einem bestimmten Ort.

² Bewilligungen für ausländische Hubschrauber können jedoch auch für eine unbestimmte Anzahl von Aussenlandungen in einem bestimmten Zeitraum auf dem gesamten Gebiet der Schweiz erteilt werden, wenn der Gesuchsteller dafür sachliche Gründe vorlegen kann.

³ Bewilligungen für eine unbestimmte Anzahl von Aussenlandungen werden für die Dauer von höchstens einem Jahr ausgestellt.

Art. 14 Persönlicher und sachlicher Geltungsbereich der Bewilligungen

¹ Die Bewilligungen werden der Kommandantin oder dem Kommandanten für ein bestimmtes Luftfahrzeug erteilt.

² Die kantonalen Bewilligungen für Aussenlandungen, die der Aus- oder Weiterbildung für Rettungs- und Löscheinsätze dienen (Art. 9 Abs. 3), werden dem Flugbetriebsunternehmen erteilt, welches die Aussenlandungen zu Aus- und Weiterbildungszwecken durchführt.

³ Die Ausnahmewilligungen für politische Grossanlässe mit internationaler Bedeutung (Art. 11 Abs. 1) werden dem für die Aussenlandestelle verantwortlichen Betreiber erteilt.

Art. 15 Auflagen und Bedingungen

Die Bewilligungen können Auflagen und Bedingungen enthalten.

Art. 16 Mitteilung

Das BAZL stellt der Oberzolldirektion Kopien aller Bewilligungen für ausländische Luftfahrzeuge (Art. 7 Bst. d) zu.

3. Kapitel: Verantwortlichkeit für die Aussenlandung

Art. 17

Für die Sicherheit ist bei der Benützung einer Aussenlandestelle ausschliesslich die Kommandantin oder der Kommandant des Luftfahrzeugs verantwortlich.

4. Kapitel: Raumplanung und Schutz der Umwelt

1. Abschnitt: Raumplanung und Baubewilligung

Art. 18 Luftfahrtrechtliche Einschränkungen für Bauten und Anlagen auf Aussenlandestellen

¹ Eine Aussenlandestelle darf nicht wie ein Flugplatz eingerichtet sein.

² Zulässig sind höchstens untergeordnete Einrichtungen, wie insbesondere:

- a. optische Hilfen wie Markierungen oder Befeuerungen;
- b. Windsäcke;
- c. kleinere befestigte Aufsetzflächen und Geländeanpassungen.

³ Nicht zulässig sind insbesondere:

- a. ganz oder teilweise der Luftfahrt dienende Gebäude;
- b. fest installierte Tankstellen;
- c. Plattformen für Personentransporte zu touristischen oder sportlichen Zwecken;
- d. befestigte Pisten.

Art. 19 Stationieren von Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen und Gebirgslandeplätzen

¹ Das Stationieren von Luftfahrzeugen länger als 48 Stunden ist untersagt.

² Sofern das Luftfahrzeug für Flüge zu Arbeitszwecken stationiert wird, ist eine längere Stationierung erlaubt, solange die Flüge im Rahmen desselben Auftrags in der gleichen Region durchgeführt werden.

Art. 20 Baubewilligungs- und Planungspflicht

¹ Das Erfordernis einer Baubewilligung richtet sich nach Artikel 22 Absatz 1 des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979⁷ (RPG) und dessen kantonalen Ausführungsbestimmungen.

² Der Planungspflicht nach Artikel 2 des Raumplanungsgesetzes unterstehen Aussenlandstellen, die erhebliche Auswirkungen auf Raum und Umwelt haben, insbesondere solche:

- a. die über mehr als ein Jahr wiederholt und intensiv für die Schulung genutzt werden sollen;
- b. die intensiv und wiederkehrend für das Aufnehmen und Absetzen von Lasten genutzt werden.

⁷ SR 700

³ Die Baubewilligung bedarf der Zustimmung des Grundeigentümers und der Standortgemeinde.

Art. 21 Baubewilligungsverfahren

¹ Die Baubewilligungsbehörde prüft, ob das Bauprojekt diese Verordnung einhält. Darüber hinaus findet keine luftfahrtspezifische Prüfung des Baugesuches statt.

² Die Baubewilligungsbehörde eröffnet ihre Entscheide dem ARE, dem BAFU und dem BAZL.

2. Abschnitt: Umweltvorschriften

Art. 22 Rücksichtnahme

Unter Wahrung der Flugsicherheit sind Flugwege und Flughöhen von der Kommandantin oder vom Kommandanten so festzulegen, dass Wohngebiete, Spitäler und Schulen sowie Schutzgebiete nach Artikel 23 nicht übermässig gestört werden.

Art. 23 Einschränkungen in Schutzgebieten

¹ Aussenlandungen sind in folgenden Gebieten untersagt:

- a. Kernzonen von Nationalpärken nach Artikel 23e Buchstabe a des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966⁸ über den Natur- und Heimatschutz;
- b. Hoch- und Übergangsmoore von nationaler Bedeutung nach Artikel 1 der Hochmoorverordnung vom 21. Januar 1991⁹;
- c. Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung nach Artikel 2 der Verordnung vom 21. Januar 1991¹⁰ über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung;
- d. Flachmoore von nationaler Bedeutung nach Artikel 1 der Flachmoorverordnung vom 7. Dezember 1994¹¹;
- e. Auengebiete von nationaler Bedeutung nach Artikel 1 der Auenverordnung vom 28. Oktober 1992¹²;
- f. Eidgenössische Jagdbanngebiete nach Artikel 2 der Verordnung vom 30. September 1991¹³ über die eidgenössischen Jagdbanngebiete.

² Für Aussenlandungen bei Flügen zu Arbeitszwecken in eidgenössischen Jagdbanngebieten gilt das Verbot nur vom 1. November bis am 31. Juli.

⁸ SR 451
⁹ SR 451.32
¹⁰ SR 922.32
¹¹ SR 451.33
¹² SR 451.31
¹³ SR 922.31

³ Das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) kann, um weitere, besonders empfindliche Gebiete zu schützen, Start- und Landebeschränkungen erlassen. Es hört vorgängig die interessierten Kreise an.

⁴ Das UVEK kann zum Schutz der Natur in genau bezeichneten Schutzgebieten nach den Absätzen 1 oder 3 für bestimmte Kategorien von Luftfahrzeugen Einschränkungen des Überflugs im Zusammenhang mit Aussenlandungen erlassen.

⁵ Die Schutzgebiete mit den dazugehörigen Einschränkungen werden auf der Luftfahrthinderniskarte¹⁴ publiziert.

5. Kapitel: Nichtmotorisierte Luftfahrzeuge

Art. 24 Anwendbare Bestimmungen

¹ Für Aussenlandungen mit Ballonen, Fallschirmen, Hängegleitern und Segelflugzeugen gelten nur die Artikel 3, 4, 5, 6, 10, 17, 23 und 25.

² Für Ballone gelten zudem die Artikel 18, 20 und 21 für Hängegleiter die Artikel 18, 20, 21 und 26.

Art. 25 Aussenlandungen aus Sicherheitsgründen

Kann zu einer sicheren Landung kein Flugplatz erreicht werden, so ist eine Aussenlandung ohne zeitliche und räumliche Einschränkungen zulässig.

Art. 26 Betriebsregeln für Hängegleiter

Die privaten Verbände haben unter Beizug des BAZL und des BAFU Betriebsregeln für Hängegleiter zum Schutz der Natur zu erarbeiten.

6. Kapitel: Öffentliche Flugveranstaltungen

Art. 27

¹ Für das Starten und Landen mit bemannten Luftfahrzeugen im Rahmen von öffentlichen Flugveranstaltungen gelten die Artikel 85–89 der Luftfahrtverordnung vom 14. November 1973¹⁵.

² Für öffentliche Flugveranstaltungen über 1100 m über Meer gilt zudem Artikel 11 Absatz 5 dieser Verordnung.

¹⁴ Die Luftfahrthinderniskarte kann bei Bundesamt für Landestopografie bezogen werden.

¹⁵ SR 748.01

3. Titel: Einschränkungen für einzelne Kategorien von Flügen

1. Kapitel: Kategorien

Art. 28

Alle Aussenlandungen werden in eine der folgenden Kategorien eingeteilt:

- a. gewerbsmässige Flüge (2. Kapitel):
 1. *Aussenlandungen bei Personentransporten zu touristischen oder sportlichen Zwecken*: (1. Abschnitt),
 2. *Aussenlandungen bei Flügen zu Arbeitszwecken*: (2. Abschnitt),
- b. nichtgewerbsmässige Flüge (3. Kapitel);
- c. besondere Kategorien (4. Kapitel)
 1. *Aussenlandungen bei Ausbildungsflügen*: (1. Abschnitt);
 2. *Aussenlandungen bei Notfällen, Polizeiflügen und Dienstflügen des Bundes*: (2. Abschnitt).

2. Kapitel: Gewerbsmässige Flüge

1. Abschnitt: Personentransporte zu touristischen oder sportlichen Zwecken

Art. 29 Einschränkungen

¹ Aussenlandungen zu touristischen oder sportlichen Zwecken sind nicht zulässig:

- a. oberhalb von 1 100 m über Meer;
- b. in Wohngebieten;
- c. nachts, mindestens jedoch von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr;
- d. von 12:15 Uhr bis 13:15 Uhr;
- e. in einem Abstand von weniger als 1000 m von den Pisten eines Flughafens oder von weniger als 500 m von den Flugbetriebsflächen eines zivilen Flugfeldes oder eines sich in Betrieb befindenden militärischen Flugplatzes;
- f. im Umkreis von 100 m um Gaststätten und um grosse Menschenansammlungen im Freien;
- g. in den Schutzgebieten nach Artikel 23.

² Das BAZL kann in touristisch bedeutenden Regionen höchstens 20 Aussenlandestellen bezeichnen, auf denen Aussenlandungen zwischen 12.15 Uhr und 13.15 Uhr erlaubt sind.

³ Die bezeichneten Aussenlandestellen werden im Bundesblatt publiziert.

Art. 30 Ausnahmewilligungen für Aussenlandungen oberhalb von
1 100 m über Meer

¹ Für Aussenlandungen bei Personentransporten zu touristischen oder sportlichen Zwecken oberhalb von 1 100 m über Meer kann das BAZL im Einvernehmen mit den zuständigen kantonalen Behörden und der Standortgemeinde Ausnahmen bewilligen.

² Die Ausnahmen werden in der Regel auf höchstens drei Tage befristet.

³ Sie werden nur für folgende Zwecke erteilt:

- a. für Sportanlässe von nationaler oder internationaler Bedeutung;
- b. für traditionelle, kulturelle oder religiöse Feierlichkeiten mit regionaler Bedeutung, sofern sie ortsgebunden sind;
- c. bei unvorhergesehenen Ausfällen von Transportanlagen zur Personenbeförderung, soweit die Anlagen eine touristische Bedeutung haben.

2. Abschnitt: Flüge zu Arbeitszwecken

Art. 31 Einschränkungen

¹ Aussenlandungen bei Flügen zu Arbeitszwecken sind nicht zulässig:

- a. oberhalb von 1 100 m über Meer, sofern Fluggäste zu touristischen oder sportlichen Zwecken mitgeführt werden;
- b. an Sonn- und Feiertagen;
- c. nachts;
- d. in einem Abstand von weniger als 1000 m von den Pisten eines Flughafens oder von weniger als 500 m von den Flugbetriebsflächen eines zivilen Flugfeldes oder eines sich in Betrieb befindenden militärischen Flugplatzes;
- e. in den Schutzgebieten nach Artikel 23.

² Die Flugplatzleiterin oder der Flugplatzleiter kann Aussenlandungen bei Flügen zu Arbeitszwecken bewilligen, die näher am Flugplatz stattfinden als Absatz 1 Buchstabe d vorsieht sofern die Aussenlandungen zur Erfüllung des Arbeitszwecks notwendig sind und die Sicherheit nicht beeinträchtigt wird.

³ Von Beginn der bürgerlichen Morgendämmerung bis 06:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen sind Aussenlandungen bei Flügen zu Arbeitszwecken nur erlaubt, sofern sie dringlich sind. Die Kommandantin oder der Kommandant muss sie dem BAZL innerhalb des folgenden Arbeitstages unter Angabe der Gründe melden.

Art. 32 Ausnahmewilligung für Aussenlandungen in Schutzgebieten nach
Artikel 23 Absätze 1 und 3

¹ Das BAZL kann unter Einbezug des BAFU und des ARE Aussenlandungen bei Flügen zu Arbeitszwecken auf Gesuch hin ausnahmsweise bewilligen, wenn das

Arbeitsziel nicht mit anderen Mitteln schonender und mit zumutbarem Aufwand erfüllt werden kann.

² Dem Gesuch ist die Stellungnahme der zuständigen kantonalen Behörde beizulegen. Die Stellungnahme hat darüber Aufschluss zu geben, ob das jeweilige Schutzziel verletzt wird und überwiegende Interessen entgegenstehen.

³ Das BAZL erteilt die Bewilligung an das Flugbetriebsunternehmen für den Einzelfall oder befristet. Es kann die Bewilligung mit Auflagen oder Bedingungen versehen. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 12. Die Bewilligungsentscheide werden dem ARE und dem BAFU zur Kenntnis zugestellt.

Art. 33 Aussenlandungen in Wohngebieten

¹ Die Kommandantin oder der Kommandant muss Aussenlandungen bei Flügen zu Arbeitszwecken in Wohngebieten der nach kantonalem Recht zuständigen Behörde anhand eines Flugprogrammes frühzeitig melden.

² Diese Aussenlandungen bedürfen keiner Bewilligung des Kantons oder der Gemeinde. Die nach kantonalem Recht zuständige Behörde kann aber saisonale, zeitliche und örtliche Vorschriften erlassen, welche den Aspekten der Flugsicherheit und der Umwelt Rechnung tragen.

3. Kapitel: Nichtgewerbsmässige Flüge

Art. 34

Aussenlandungen zu nichtgewerbsmässigen Zwecken sind nicht zulässig:

- a. oberhalb von 1 100 m über Meer;
- b. in Wohngebieten;
- c. an Sonn- und Feiertagen;
- d. von 12:15 Uhr bis 13:15 Uhr;
- e. nachts, mindestens jedoch von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr;
- f. in einem Abstand von weniger als 1000 m von den Pisten eines Flughafens oder von weniger als 500 m von den Flugbetriebsflächen eines zivilen Flugfeldes oder eines sich in Betrieb befindenden militärischen Flugplatzes;
- g. im Umkreis von 100 m um Gaststätten und um grosse Menschenansammlungen im Freien;
- h. für mehr als vier Bewegungen innert 30 Tagen am gleichen Landeplatz in einem Abstand von weniger als 500 m;
- i. in den Schutzgebieten nach Artikel 23 und zusätzlich in Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung nach Artikel 2 der Moorlandschaftsverordnung vom 1. Mai 1996

4. Kapitel: Besondere Kategorien

1. Abschnitt: Ausbildungsflüge

Art. 35 Begriff und Geltungsbereich

¹ In dieser Verordnung bedeutet Ausbildungsflug:

- a. jeder Flug unter Aufsicht einer zur Ausbildung berechtigten Person, der dem Erwerb, der Erweiterung oder der Wiedererlangung eines Ausweises oder einer fliegerischen Berechtigung dient;
- b. jeder Trainingsflug unter Begleitung einer zur Ausbildung berechtigten Person; sowie
- c. jeder Flug im Rahmen einer Prüfung, die von einem durch das BAZL anerkannten Experten abgenommen wird.

² Ausbildungsflüge für Personen, die im Dienst von Rettungsorganisationen oder der Polizei stehen, unterstehen diesem Abschnitt und nicht dem 2. Abschnitt dieses Kapitels.

Art. 36 Einschränkungen

Aussenlandungen bei Ausbildungsflügen sind nicht zulässig:

- a. oberhalb von 2000 m über Meer;
- b. in Wohngebieten;
- c. an Sonn- und Feiertagen;
- d. von 12:15 Uhr bis 13:15 Uhr;
- e. in einem Abstand von weniger als 1000 m von den Pisten eines Flughafens oder von weniger als 500 m von den Flugbetriebsflächen eines zivilen Flugfeldes oder eines sich in Betrieb befindenden militärischen Flugplatzes;
- f. im Umkreis von 100 m um grosse Menschenansammlungen im Freien;
- g. sofern Fluggäste gegen Entgelt mitgeführt werden;
- h. in den Schutzgebieten nach Artikel 23.

Art. 37 Ausnahmen und Ausnahmegewilligungen

¹ Für Aussenlandungen für die Ausbildung von Personen, die im Dienste von Rettungsorganisationen oder der Polizei stehen, kann von den Ruhezeiten nach Artikel 36 Buchstabe c und d abgewichen werden, wenn die Ausbildung sonst unverhältnismässig erschwert würde.

² Aussenlandungen zur Ausbildung von Hubschrauberpilotinnen und Hubschrauberpiloten über 2000 m über Meer sind in den vom UVEK bezeichneten Gebieten erlaubt. Vor deren Bezeichnung hört das UVEK die interessierten Kreise an.

³ Aussenlandungen über 2000 m über Meer für die Ausbildung von Personen, die im Dienste von Rettungsorganisationen oder der Polizei stehen, sind bewilligungspflichtig. Das BAZL erteilt die Bewilligung an die Rettungsorganisation oder die Polizei. Es befristet die Bewilligung und kann sie mit Auflagen oder Bedingungen versehen. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 12.

⁴ Auf Flügen im Rahmen einer Prüfung, die von einem durch das BAZL anerkannten Experten abgenommen wird, darf von den Höhenbeschränkungen nach Artikel 36 Buchstabe a abgewichen werden.

⁵ Aussenlandungen zu Ausbildungszwecken mit Flugzeugen können in Abweichung zu Artikel 7 im Einzelfall durch eine zur Ausbildung berechtigten Person erteilt werden.

2. Abschnitt: Notfälle, Polizeiflüge und Dienstflüge des Bundes

Art. 38

Keine zeitlichen oder räumlichen Einschränkungen gelten für Aussenlandungen für:

- a. Hilfs-, Ambulanz- Rettungs- sowie Suchflüge zum Zweck der Hilfe bei Unfällen oder Not;
- b. Polizeiflüge;
- c. Flüge der Grenzwache;
- d. Dienstflüge des BAZL;
- e. Dienstflüge des Büros für Flugunfalluntersuchungen.

4. Titel: Strafbestimmungen

Art. 39

Nach Artikel 91 Absatz 1 Buchstabe h des Luftfahrtgesetzes wird bestraft:

- a. die Kommandantin oder der Kommandant, die oder der eine der Bestimmungen in den Artikeln 5, 7, 9 Absätze 1 und 3, 10, 19, 22, 23 Absätze 1, 3 und 4, 29 Absatz 1, 31 Absätze 1 und 3, 33, 34 und 36 verletzt;
- b. wer eine der Bestimmungen in Artikel 18 sowie Artikel 20 Absatz 1 verletzt.

5. Titel: Schlussbestimmungen

Art. 40 Änderung bisherigen Rechts

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt.

Art. 41 Übergangsbestimmungen

¹ Vom BAZL nach bisherigem Recht erteilte Bewilligungen für Aussenlandungen fallen auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung dahin.

² Die Artikel 18 bis 21 dieser Verordnung gelten auch für bestehende Bauten und Anlagen auf Aussenlandestellen. Bestehende Baubewilligungen, welche die Vorgaben von Artikel 18 und 20 bereits erfüllen, bleiben rechtsgültig. Für Bauten und Anlagen ohne bestehende Baubewilligung ist ein Verfahren nach Artikel 20 und 21 einzuleiten.

Art. 42 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am in Kraft.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Die Bundeskanzlerin:

Änderung bisherigen Rechts

Die nachstehenden Verordnungen werden wie folgt geändert:

1. Pärkeverordnung vom 7. November 2007¹⁶

Art. 17 Abs. 1 Bst. c

¹Zur freien Entwicklung der Natur sind in der Kernzone ausgeschlossen:

- c. das Starten und das Landen mit zivilen, bemannten Luftfahrzeugen gemäss Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a, unter Vorbehalt der Ausnahmen nach Artikel 32, der Verordnung vom ...¹⁷ über das Starten und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen.

2. Zollverordnung vom 1. November 2006¹⁸

Art. 142 Abs. 1

¹Landung und Abflug dürfen im grenzüberschreitenden Luftverkehr nur auf Zollflugplätzen erfolgen. Flüge in ein oder aus einem Zollausschlussgebiet gelten als grenzüberschreitende Flüge. Die Zollverwaltung kann Landungen und Abflüge auch andernorts bewilligen. Sie legt in der Bewilligung die Bedingungen fest.

3. Luftfahrtverordnung vom 14. November 1973¹⁹

Art. 86 Abs.3

³Für öffentliche Flugveranstaltungen über 1100 m über Meer ausserhalb von Flugplätzen gilt Artikel 11 Absatz 5 der Aussenlandeverordnung vom ...²⁰.

3. Verordnung vom 28. September 2007²¹ über die Gebühren des Bundesamtes für Zivilluftfahrt

Art. 38 Abs. 1 Bst. f und g

- ¹⁶ SR 451.36
- ¹⁷ SR 748...
- ¹⁸ SR 631.01
- ¹⁹ SR 748.01
- ²⁰ SR 748....
- ²¹ SR 748.112.11

Für die Erteilung luftpolizeilicher Bewilligungen werden folgende Gebühren erhoben:

	Fr.
f. Bewilligung für Aussenlandungen	
1. mit Flugzeugen, Tragschraubern, Luftschiffen sowie motorisierten Luftfahrzeugen, die nicht im schweizerischen Luftfahrzeugregister eingetragen sind (Art. 7 der Aussenlandeverordnung vom ... ²² [AuLaV])	500.–
2. auf öffentlichen Gewässern (Art. 9 Abs. 1 AuLaV)	500.–
3. über 2000 m über Meer für die Ausbildung von Personen, die im Dienste von Rettungsorganisationen oder der Polizei stehen (Art. 37 Abs. 3 AuLaV)	500.–
<hr/>	
g. Ausnahmegewilligung für Aussenlandungen über 1100 m über Meer ausserhalb von bezeichneten Gebirgslandeplätzen bei Personentransporten zu touristischen oder sportlichen Zwecken (Art. 30 AuLaV)	500.–
<hr/>	
h. Ausnahmegewilligung	
1. für befristete Abweichungen für bestimmte Aussenlandestellen bei politischen Grossanlässen mit internationaler Bedeutung (Art. 11 Abs. 1 AuLaV); und	
2. für Abweichungen von zeitlichen und räumlichen Einschränkungen der Artikel 9, 29, 31, 34 und 36 AuLaV (Art. 11 Abs. 2 AuLaV); und	
3. für Aussenlandungen in Schutzgebieten nach Artikel 23 Absatz 1 und Absatz 3 (Art. 32 AuLaV)	
je nach Zeitaufwand:	100.– bis 1000.–

²² SR 748....

4. Verordnung vom 23. November 1994²³ über die Infrastruktur der Luftfahrt

Art. 50

Für Aussenlandungen gilt die Aussenlandeverordnung vom...²⁴

Art. 2 Bst. a und l, 50–53, 55, 56 Abs. 1, 57 und 58

Aufgehoben

5. Verordnung vom 21. Januar 1991²⁵ über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung

Art. 5 Abs. 1 Bst. f und f^{bis}

¹ In den Wasser- und den Zugvogelreservaten gelten folgende allgemeinen Bestimmungen:

- f. Das Starten und Landen mit zivilen, bemannten Luftfahrzeugen ist gemäss Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c, unter Vorbehalt der Ausnahmen nach Artikel 32, der Aussenlandeverordnung vom ...²⁶, verboten.
- f^{bis}. Der Betrieb von Modellluftfahrzeugen ist verboten, unter Vorbehalt von Artikel 2 Absatz 2.

²³ SR 748.131.1

²⁴ SR 748...

²⁵ SR 922.32

²⁶ SR 748...